

Fachkräfteeinwanderungsgesetz am Start – Personalsuche bleibt Herausforderung

Trotz der schwächeren Wirtschaftslage bleibt die Fachkräftesituation in vielen deutschen Betrieben angespannt. Fast jedes zweite Unternehmen berichtet im aktuellen DIHK-Report Fachkräfte 2020 ([Report](#)) von Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung. Die angeschlagene Konjunktur führt zwar dazu, dass etwas weniger Betriebe Personalbedarf haben, lindert aber insgesamt die Probleme bei der Stellenbesetzung nicht.

Fast jedes zweite Unternehmen mit Schwierigkeiten bei der Stellenbesetzung

47 Prozent der Unternehmen können offene Stellen längerfristig nicht besetzen, weil sie keine passenden Arbeitskräfte finden. Das sind kaum weniger als im Vorjahr (49 Prozent). Besonders in der Industrie macht sich die Konjunkturschwäche bemerkbar: Dort melden 45 Prozent der Unternehmen Besetzungsprobleme – im Vorjahr waren es noch 53 Prozent. Gleichzeitig erhöht sich der Anteil der Betriebe deutlich, die derzeit keinen Personalbedarf haben (um zehn Prozentpunkte auf 36 Prozent). Dennoch steigt die Zahl der Unternehmen, denen eine Stellenbesetzung problemlos gelingt, nicht etwa, sondern sie geht aufgrund von Fachkräftengpässen sogar etwas zurück.

Engpässe nicht ohne Folgen

Als Folge eines andauernden Fachkräftemangels erwarten die Unternehmen in erster Linie eine Mehrbelastung ihrer Belegschaften – dies gilt für fast zwei Drittel (62 Prozent). Gleichzeitig gewinnen die Kosten der Fachkräftesicherung an Bedeutung: Mittlerweile rechnet mehr als die Hälfte der Unternehmen mit Mehrausgaben, um bei langfristigen Engpässen knappes Personal halten und gewinnen zu können. Neben der Entlohnung spielen Investitionen in attraktive Arbeitsbedingungen eine zunehmende Rolle. Beispiele sind die Organisation von zeit- und ortsflexiblem Arbeiten sowie Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Deutlich mehr als jedes dritte Unternehmen (39 Prozent) erwartet, sein Angebot einschränken oder Aufträge ablehnen zu müssen, wenn nötige Fachkräfte fehlen.

Die Folgen umfangreicher Fachkräftengpässe werfen längst nicht mehr nur für die Betriebe Fragen auf, sondern für die Gesellschaft insgesamt: Wie gelingt beispielsweise hierzulande der für die Wirtschaft so wichtige Strukturwandel rund um die Digitalisierung und die Datensicherheit, wenn in den Betrieben die IT-Kräfte fehlen? Wie sichern wir eine gute Gesundheitsversorgung bei knappen Pflegekräften? Wie funktionieren Wohnungs- und Infrastrukturausbau bei Fachkräftemangel in der Bauwirtschaft? Wie kann die Planungsbeschleunigung bei Infrastrukturvorhaben vorankommen, wenn in den Planungsbüros die Fachleute fehlen?

Fachkräfteeinwanderungsgesetz erfolgreich umsetzen

Die weitere Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren, die nachhaltige Qualifizierung und Vermittlung Arbeitsloser in Beschäftigung sowie die Stärkung der dualen Ausbildung sind wesentliche Stellschrauben zur Fachkräftesicherung. Ab dem 1. März 2020 gilt zudem das Fachkräfteeinwanderungsgesetz (FEG). Hiermit stellt die Bundesregierung die Weichen, um die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern zu erleichtern – gerade für Menschen mit beruflicher Qualifikation, die besonders häufig in den Betrieben fehlen. Viele der neuen Regelungen gehen in die richtige Richtung – zum Beispiel der Verzicht auf Vorrangprüfung und Positivliste sowie die Möglichkeit, bereits mit teilweiser Gleichwertigkeit der Berufsqualifikation hierzulande zu arbeiten. Auch die Einführung des beschleunigten Fachkräfteverfahrens, das die Verwaltungsprozesse merklich verkürzen soll, ist eine sinnvolle Neuerung. Damit das FEG einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten kann, ist eine effiziente und unbürokratische Umsetzung in der Praxis nötig. Hierzu zählt unter anderem die reibungslose Kooperation von Ausländerbehörden, Anerkennungsstellen und Auslandsvertretungen. Digitale Verfahren im gesamten Verwaltungsprozess können zur notwendigen Beschleunigung der Verfahren beitragen. Zudem gilt es, den Betrieben bei der Beschäftigung von Fachkräften aus Drittstaaten Unterstützung anzubieten. Denn fast jedes dritte Unternehmen wünscht sich mehr Begleitung im Prozess der Fachkräftegewinnung aus Drittstaaten. Die IHK-Organisation wird dazu gemeinsam mit Partnern aus Politik und Verwaltung ihren Beitrag leisten.